



Barthle-Brief

Nr. 39

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

13.11.2015

Thema der Woche:

„Wir müssen den Familiennachzug begrenzen“ Individuelle Anhörung syrischer Flüchtlinge wieder einführen

Angesichts der hohen Zahl an Flüchtlingen, die derzeit in Deutschland Zuflucht suchen, haben sich in dieser Woche Politiker der CDU/CSU-Fraktion dafür ausgesprochen, den Familiennachzug teilweise auszusetzen. In einer aktuellen Stunde des Bundestages an diesem Mittwoch sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Thomas Strobl: „Wir müssen den Familiennachzug begrenzen.“ Er warnte davor, die Integrationskraft Deutschlands zu überfordern.

Hintergrund: Die große Koalition hatte sich in der vergangenen Woche darauf geeinigt, den Familiennachzug für sogenannte subsidiär Schutzbedürftige für zwei Jahre auszusetzen. Dieser Schutzstatus wird in der Regel Bürgerkriegsflüchtlingen für ein Jahr gewährt, während der Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention Menschen vorbehalten ist, die in ihrer Heimat individuell verfolgt werden. Bürgerkriegsflüchtlingen aus Syrien wird aber seit einem Jahr pauschal Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention gewährt, weil die Behörden dabei auf eine individuelle Anhörung verzichten können.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hatte Ende vergangener Woche angekündigt, zur alten Regelung zurückkehren zu wollen. Dieses Vorhaben begründete er im Bundestag mit den Worten: „Die Lage hat sich verändert.“ Die Zahl der Flüchtlinge aus Syrien sei in einem Ausmaß gestiegen, die keiner vorhergesehen habe. Ohne eine individuelle Anhörung sei jedoch schwer zu überprüfen, ob die Antragsteller tatsächlich aus Syrien stammten und ob ihre Papiere echt seien. Außerdem lasse sich nur in einer persönlichen Anhörung feststellen, ob die Betroffenen tatsächlich unmittelbar aus dem

Kriegsgebiet geflohen seien oder aus einem sicheren Drittstaat, also aus einem Auffanglager in der Türkei, im Libanon oder in Jordanien, kommen.

Mir ist wichtig: Der subsidiäre Schutz ist kein „Schutz light“. In fast allem sind diese Flüchtlinge jenen gleichgestellt, die einen Status nach der Genfer Konvention bekommen. Lediglich ihr Schutzstatus wird bereits nach einem Jahr überprüft und dann gegebenenfalls verlängert. Wir schicken niemanden in ein Bürgerkriegsland zurück! Es geht nicht um eine pauschale Beschränkung der Rechte von Flüchtlingen aus Syrien. Aber: Wir dürfen keine Gruppe privilegieren und auf Anhörungen verzichten.

Vertreter der Unionsfraktion verteidigten die Entscheidung der Koalition, den Familiennachzug für die Gruppe der subsidiär Schutzbedürftigen für zwei Jahre auszusetzen. So könne man Kapazitäten für weitere Integrationsleistungen schaffen. Im Moment seien die Kommunen und die Bürgermeister, die Helfer und die Hilfsorganisationen überlastet. Strobl wies darauf hin, dass man angesichts Hunderttausender anerkannter syrischer Flüchtlinge „bereits heute mit einem Familiennachzug in nie dagewesener Dimension rechnen“ müsse. De Maizière geht von der Annahme aus, dass sich die Flüchtlingszahlen durch den Familiennachzug verdoppeln oder verdreifachen könnten. Ein Nachzug in die Arbeitslosigkeit oder Wohnungslosigkeit sei aber nicht machbar. Der Bundesinnenminister sagte, die Koalition habe in dieser Frage Gesprächsbedarf. Er kündigte an, zunächst mit den Landesinnenministern reden zu wollen.

De Maizière verteidigte auch seine Entscheidung, seit dem 21. Oktober das Dublin-

Verfahren an den deutschen Grenzen wieder anzuwenden. Es besagt, dass Flüchtlinge, die aus einem anderen EU-Mitgliedstaat kommen und dort registriert wurden, dorthin zurückgeschickt werden können. Das Verfahren gilt für alle EU-Staaten außer Griechenland, das mit der Aufnahme von Flüchtlingen derzeit überfordert ist.

ten 🗨️ Kurznachrichten 🗨️ Kurznachrichten 🗨️

Bundestag würdigt 60 Jahre Bundeswehr

„Die Bundeswehr dient Deutschland und unserer demokratischen Ordnung seit 60 Jahren in vorbildlicher Weise.“ Mit diesen Worten hat Bundestagspräsident Norbert Lammert an diesem Mittwoch die Rolle der deutschen Streitkräfte zum Auftakt eines Großen Zapfenstreichs vor dem Reichstagsgebäude in Berlin anlässlich des 60. Jahrestages der Gründung der Bundeswehr gewürdigt. Den Soldaten der Bundeswehr gebühre Dank und Anerkennung für das, was sie seit 60 Jahren leisten: „Unser Land und seine Werte zu schützen. Das ist das Verdienst der Männer und Frauen in Uniform.“

Hintergrund: Am 12. November 1955 – zehn Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges und sechs Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland – bekamen die ersten 101 Freiwilligen vom damaligen Verteidigungsminister Theodor Blank in Bonn ihre Ernennungsurkunden ausgehändigt. Seitdem haben Millionen junger Männer und Frauen in der Bundeswehr ihren Beitrag zum Schutz Deutschlands und zur Erhaltung des Friedens in der Welt geleistet. In einer für diesen Donnerstag angesetzten Debatte erinnerte der Bundestag an die Anfänge der Parlamentsarmee und würdigte ihre Entwicklung hin zu einer Armee im Einsatz. Die Wiederbewaffnung Deutschlands nur zehn Jahre nach dem Ende der Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten war keine Selbstverständlichkeit; dieses Zugeständnis war ein Vertrauensbeweis der Alliierten. Das Vertrauen war gerechtfertigt, die Verantwortung wurde angenommen. Die Bundeswehr hat sich zunächst zu einer Armee der Landes- und Bündnisverteidigung entwickelt. In der spannungsreichen Zeit des Kalten Krieges sei sie ein unverzichtbarer NATO-Partner geworden. Mit der allge-

meinen Wehrpflicht und dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform sowie dem Konzept der Inneren Führung habe man damals einen neuen Geist geschaffen – Welch eine Bereicherung für unser Land. Ich erinnere auch an die Integrationsleistung der Bundeswehr, als sie im Zuge der Wiedervereinigung zu einer Armee der Einheit wurde. Deutschland ist danach als machtvoller wahrgenommen, aber auch mit Skepsis betrachtet worden. Damals ist es darum gegangen, Vertrauen zu stiften.

Seit 1992 beteiligt sich die Bundeswehr an internationalen Einsätzen zur Friedenssicherung und Konfliktbewältigung. An den vom Bundestag mandatierten Einsätzen nimmt die Bundeswehr immer nur im Verbund mit Partnern teil. Der damalige Verteidigungsminister Franz Josef Jung erklärte zum Jubiläum der Bundeswehr: „Die Bundeswehr hat sich als Armee im Einsatz für den Frieden viel Sympathie erworben, gerade weil ihre Soldatinnen und Soldaten den Menschen aus anderen Nationen und Kulturen mit Respekt und Aufgeschlossenheit begegnen.“ Er gedachte auch der rund 3.200 militärischen und zivilen Angehörigen der Bundeswehr, die während der Ausübung ihres Dienstes ihr Leben verloren. 106 von ihnen starben in einem Auslandseinsatz. Als Parlamentsarmee dürften alle Soldaten die volle Rückendeckung des Bundestages erwarten. „Es gibt keine Freiheit ohne Sicherheit und für diese Sicherheit brauchen wir unsere Bundeswehr“, betonte der Ex-Minister. Diese Sicherheit habe allerdings auch ihren Preis. Die Fürsorge für die Soldaten gebiete es, dass man ihnen für den Einsatz die nötige Ausrüstung zur Verfügung stelle. Der Bundestag müsse die finanziellen Mittel für die erforderliche Personalstärke und eine moderne Ausrüstung bereitstellen.

Zitat

«Allerdings mochten ihm lediglich militante Nichtraucher in dieser Einschätzung folgen.»

(Bundestagspräsident Norbert Lammert am Donnerstag im Parlament in seiner Gedenksprache zum Tod von Helmut Schmidt über eine Äußerung des SPD-Altkanzlers, er sei kein Vorbild.)